

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Graf Westarp vom Zentrum gestellt.

## Das Zentrum fordert Aufklärung. — Westarp verliest einen Entschuldigungszettel

Die Bänke der Regierung und der Deutschnationalen sind um 12 Uhr noch leer, aber rasch füllen auch sie sich, als der Zentrumsführer Guérard mit seiner Rede beginnt. Die Spannung im Hause ist nicht gering, die Erregung über die Provokationsrede Westarps zittert nach. Allerdings weiß man, daß auch diese kleine Blodkrise so enden wird, wie es einst Herr Groeber nach der kleinen Krise im Bülow-Blod sagte: „Und der Hans löst die Bretter, und es ist alles wieder gut.“

Nun kann man freilich in diesem Fall nicht sagen, daß die Rede, die Herr v. Guérard heute gehalten hat, ein Ruf für die Deutschnationalen war. Gerade das Gegenteil war der Fall. Der Zentrumsführer begann seine Rede mit einer förmlichen Liebeserklärung an die größte Oppositionspartei, an die Sozialdemokratie. Wahrscheinlich ist im Reichstag überhaupt noch nie in einer einzigen Rede soviel zum Lob der Sozialdemokratie gesagt worden wie heute in der Rede des Herrn v. Guérard. Es regnete geradezu in vollen Rübeln an Worten der Anerkennung nieder, und man war darüber allgemein, um einen vulgären Ausdruck zu gebrauchen, „ganz platt“.

Am plattesten war man wohl darüber bei den Deutschnationalen, die dann im weiteren Verlaufe der Rede alles andere als Liebeswürdigkeiten zu hören bekamen. Nun war von Mißtrauen die Rede, mit dem man den Verhandlungen über die neue Regierung entgegengesehen habe. Von Zweideutigkeiten, von der Notwendigkeit wachsamster Aufmerksamkeit dem neuen Koalitionsbruder gegenüber. Vom Grafen Westarp verlangt Guérard Aufklärung über gewisse heikle Punkte seiner Rede. Vom Regierungsprogramm sagt er, es sei so klar, daß es keine Auslegung im Sinne des Grafen Westarp verträge. Mit besonderer Schärfe betont der Zentrumsredner, daß seine Partei nicht daran denke, in Preußen den Wünschen der Deutschnationalen entgegenzukommen; ja, er weist ihre Ansprüche geradezu mit Hohn ab.

Die Rede des Herrn v. Guérard war wirklich ausgezeichnet. Sie hat nur einen Fehler, und der ist allerdings entscheidend. Daß sie das Rätsel nicht gelöst hat, warum nun das Zentrum mit Mißtrauen und Widerwillen das Bündnis mit den Deutschnationalen geschlossen hat, statt die von Herrn v. Guérard im Lob geradezu erstickte „erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie“ fortzusetzen. Die Rede des Herrn v. Guérard war also wirklich eine ganz ausgezeichnete Rede — gegen die Politik des Zentrums!

Nach Guérard spricht Koch. Die Demokratische Partei zum erstenmal in der Republik in klarer, offener Opposition. Herr Koch liegt diese Rolle nicht schlecht. Er polemisiert glänzend und geschickt gegen die neue Regierungskombination. Aber einen Augenblick verläßt ihn die allgemeine Aufmerksamkeit, um sich dem Saaldienner zuzuwenden, der hinter den Namen Kochs auf die Rednerliste den Namen des Grafen Westarp einschreibt. Das eigentliche Fest kommt also noch. Und was wird es geben? Wird er sich rausreden oder wird er sich reinreden?

Koch macht es kurz und gut, und dann besteigt unter allgemeiner Spannung Graf Westarp die Rednertribüne. Er verliest, mit der Brille auf der Nase, einen kleinen Entschuldigungszettel. Was er gesagt habe, sei nicht so schlimm gemeint gewesen. Und die Linke bricht in ein Hohngelächter aus. Am interessantesten ist aber die Mitteilung des Grafen, er habe die Absicht gehabt, seinen Entschuldigungszettel schon vor der Rede Guérards zu verlesen. Der Zentrumsführer habe aber darauf bestanden, zuvor zu reden. Klarer kann man seine eigene blamable Situation nicht feststellen, als es Graf Westarp damit getan hat.

Präsident Eöbe eröffnete kurz nach 12 Uhr die Sitzung, teilte die Urteilsabteilungen an Abgeordnete mit und trat sofort in die Tagesordnung ein, das ist die Fortsetzung der Besprechung über die Regierungserklärung und die dazu gestellten Anträge.

Als erster Redner erhält das Wort Abg. v. Guérard (3.). Als er auf die Tribüne steigt, fragt ihn der Wältsche von Gräse unter großem Hallo, ob er denn anfangen wolle, da doch die Regierung noch nicht da sei. Während der nun folgenden interessanten Rede des Zentrumsführers füllt sich der Saal rasch und es erschienen nach und nach auch die Minister.

#### Guérard (3.):

Wir sehen die größte Partei dieses Hauses, die Sozialdemokratie, in der Opposition. Die unterhaltbare Rede Müller-Branken enthielt staatspolitische Gesichtspunkte, die auch wir durchaus anerkennen und die uns in der Hoffnung bestärken, daß die Sozialdemokratie auch in der Zukunft Hüter und Meherer des Reiches sein wird. (Beifall im Zentrum.) Wir vergessen nicht, was die Sozialdemokratie gemeinsam mit uns in der schwersten Zeit, als das Reichsgefüge zu wanken begann, zur Rettung des Vaterlandes geleistet hat. (Zustimmung im Zentrum.) Dieser gemeinsamen Arbeit werden wir stets gedenken, und ich spreche wohl im Namen meiner ganzen Fraktion, wenn ich der Hoffnung

Ausdruck gebe, daß, wenn auch politische Notwendigkeit uns jetzt andere Wege gehen läßt, doch schon die Nachbarschaft in diesem Hause (Heiterkeit) — ja, Sie lachen, uns trennt ja nur eine ganz dünne Linie (stürmische Heiterkeit, da man unter der ganz dünnen Linie die kleine Demokratenfraktion versteht) — die Beziehungen zwischen uns nicht ganz erkälten lassen wird. (Zustimmung im Zentrum.)

Wir hoffen weiter, daß die oft behäufte politische Einsicht der Sozialdemokratie (Zurufe der Wältschen und Kommunisten) — Sie verstehen das nicht, Sie haben doch keine politische Einsicht! — dem Hause zeigen wird,

was eine sachliche, wenn auch in der Form noch so ungeschickte Opposition wert ist.

Damit wird ein weiterer Schritt in der Befundung des deutschen politischen Lebens und in der Festigung der deutschen Republik getan, was immer auch unser Ziel gewesen ist.

Es beginnt nun eine neue Epoche der innen- und außenpolitischen Entwicklung des Reiches.

Meine Fraktion war nie gewillt und ist es nicht, einer grundsätzlichen Schwankung unserer Innen- und Außenpolitik zuzustimmen.

Wir sind damit auch in Uebereinstimmung mit der Regierungserklärung. Seit langer Zeit trachteten wir, die Große Koalition im Reich herbeizuführen, die schon nach dem Zahlenverhältnis in diesem Hause die beste Lösung wäre, und in der wir auch die natürliche Entwicklung erblickten, deren wichtigste Aufgabe gegenwärtig noch unserer Auffassung ist, die große Kluft der Nichtbestehen wieder mit dem Staate zu verbinden, dem sie doch teilweise fremd geworden sind. Und dazu wäre die Große Koalition der beste Weg. Wir haben bei der Sozialdemokratie darin wenig Entgegenkommen gefunden.

So hat die Sozialdemokratie sich in der Frage der Fürstenabfindung an die Seite der Kommunisten gestellt und selbst nach der Ablehnung der uneingeschränkten Entleerung durch das Volk konnten die Sozialdemokraten sich nicht zu dem Kompromißentwurf der Mittelparteien betennen. Eigenartigerweise duldet die Sozialdemokratie dann den preussischen Vergleich, der in mancher Beziehung den hohenzollern mehr gibt, als der Kompromißentwurf im Reich geben wollte. (Zuruf von den Soz.: Er wolle die Gerichte entscheiden lassen!) Uns ist diese Haltung unverständlich.

Trotzdem haben wir bei der Regierungsumbildung die Große Koalition ins Auge gefaßt.

Die störende Rede des Führers der Deutschen Volkspartei in Jüterburg haben wir bedauert, aber sie bekam von demokratischer und sozialdemokratischer Seite eine Bedeutung, die sie gar nicht hatte.

(Große Heiterkeit begleitete diese Liebenswürdigkeit für den Koalitionsgegner.) Dann kam der Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten gegen das vorletzte Kabinett Marx. Nun, wenn man sich mit jemandem an einen Tisch setzen will, kann man ihn doch nicht zuerst aus dem Zimmer hinauswerfen. Und es kam die bedauerliche Rede Scheidemanns, die von Marx und Wirth sofort zurückgewiesen wurde. So ist die Kluft durch die Sozialdemokratie herausbekommen worden. (Gegenzurufe der Sozialdemokraten, die die Deutschnationalen als die Schuldigen bezeichnen.)

Die Große Koalition war damit vorläufig erledigt. Das Zentrum kam in eine außerordentlich schwierige Lage.

#### Die Grundlagen der Regierungsbildung.

Der Reichspräsident hat schon bei seiner ersten Besprechung mit mir eine Mehrheit der Rechten gewünscht, während ich eine Regierung der Mitte für geboten hielt. — Der Redner schildert nun die Thesen des Verluschs Curtius' und der Mission Marx' und stellt fest, daß das politisch-psychologische Verständnis dafür gefehlt habe, daß eine Wendung nach rechts nicht unter Führung von rechts geschehen konnte, da sonst ein Rechtskabinett gebildet worden wäre, was nicht in der Absicht des Zentrums lag; wenn schon, dann mühten wir die Rechte an uns heranziehen. Aber nicht das Gegenteil. Die Deutschnationalen bewiesen eine viel bessere Bitterung, sie erklärten sich sofort nach Curtius' Scheitern mit einem Zentrumstanzler einverstanden.

Die Bildung einer neuen Regierung der Mitte ist schließlich an der Deutschen Volkspartei gescheitert.

Und es folgte der Brief Hindenburgs an Marx, nunmehr eine Regierung der bürgerlichen Parteien zu bilden. Wir haben die Fassung dieses Briefes nicht als glücklich betrachtet, doch verneige ich mich in Hochachtung vor der Person des Reichspräsidenten. Herr Müller-Branken meinte gestern, das Gegebene wäre die Reichstagsauflösung gewesen, die das Zentrum am wenigsten zu fürchten hätte. (Zuruf links: Das meint auch Stegerwald.) Das letztere ist richtig. (Heiterkeit.) Aber, daß eine Reichstagsauflösung eine wesentliche Aenderung der Parteiverhältnisse und eine wirkliche Klärung bringen würde, das wird auch Müller-Branken nicht behaupten; die verschiedenen Wähler im Reich beweisen es. Die Auflösung würde vielleicht nur zur Verewigung der Krise und damit zur Gefährdung des republikanischen Staates selbst führen.

Das aus unserem Verantwortungsgesühl geborene Manifest hat die Grundlinien unserer Politik klar herausgestellt. Und durch seine einstimmige Annahme ist Marx die Weiterführung der Verhandlungen ermöglicht worden. Im Lande verlangte man das Ende des politischen Films und die Schaffung einer neuen Regierung.

Ich erkläre ausdrücklich, daß wir an diesem Manifest unverbrüchlich festhalten, es ist uns mit ihm bitter ernst. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir treten in die nun folgenden Verhandlungen mit erheblichem Mißtrauen ein.

Aber unsere Richtlinien sind von den anderen Regierungsparteien angenommen worden.

(Lebhaftes Höri, Höri! auf allen Seiten, mit Ausnahme der Deusch-

nationalen.) Wir sind bereit, die erste Fassung unserer Richtlinien und die zwischen den Regierungsparteien vereinbarte zweite Fassung bekanntzugeben. (Bravo b. d. Soz.) Es wird sich zeigen, daß irgendwelche grundsätzlichen Unterschiede nicht vorhanden sind.

Wir verlangen ein starkes Bekenntnis zur bisherigen Außenpolitik, zu Locarno und dem Völkerbund. Infolge des gestrigen Zwischenrufs des Abg. v. Kemnitz stelle ich ausdrücklich fest, daß auch die Art der Fortführung unserer bisherigen Außenpolitik bei den Besprechungen anerkannt worden ist. (Erneutes lebhaftes Höri! Höri!)

Das Vertragswerk von Locarno wird, wie das protokolllarisch festgelegt ist, als rechtsgültig anerkannt, nicht nur in völkerrechtlicher Beziehung, es wird auch sein verfassungsmäßiges Zustandekommen nicht mehr in Zweifel gestellt. (Höri, Höri!) Ich freue mich über Ihr Höri Höri. Denn so ist doch zum erstenmal das deutsche Volk, von Splitterparteien in diesem Hause abgesehen, auf eine Linie der deutschen Außenpolitik eingestellt. (Heitere Zustimmung.) Es muß vor der Welt festgestellt werden: die neue deutsche Regierung steht mit dem deutschen Volk zu Locarno und zum Völkerbund.

#### Peinliche Fragen an Westarp.

Durch die gestrige Rede des Abg. Graf Westarp sind allerdings einige Punkte aufklärungsbedürftig geworden. Graf Westarp hat einiges angeführt, was bei uns gewisse Bedenken erregt hat. Zunächst der Satz: „Daß bei Deutschlands Wehrlosigkeit eine Politik der Gewalt, der Revanche nicht möglich ist, wissen wir so gut wie jeder andere.“ Ich nehme an, daß hier in eine Beschränkung liegt, nämlich in den Worten: „So gut wie jeder andere.“ Graf Westarp hat auch mit einiger Schärfe betont, daß die deutschnationalen Minister an der Entschliebung des Kabinetts auf Annahme der Abmachungen über die Dispositionen und das Kriegsgesetz nicht verantwortlich seien, weil diese Entschliebung vor ihrem Eintritt in das Kabinett gefaßt worden sei. Darüber darf eine Zweideutigkeit nicht entstehen. Und herüber bitte ich die Deutschnationalen um Aufklärung. (Höri! Höri!)

Abg. von Guérard fuhr fort: Der dritte Punkt in der Rede des Grafen Westarp war die Erklärung: „Solange ein fremder Soldat auf deutschem Boden steht, sei eine Verständigung nicht möglich.“ Ich bin überzeugt, daß hier ein Fehler des Wortes vorliegt. (Heiterkeit.) Der deutschnationale Redner hat die Verständigungsverhandlungen nicht abgelehnt, er meint nur, daß die Befreiung erst da sei, wenn kein Soldat mehr auf deutschem Boden stehe. Auch wir verlangen in Uebereinstimmung mit den Rednern des gestrigen Tages die endgültige Auswirkung der bisherigen Abmachungen, die endgültige Befreiung Deutschlands. Ich schlicke mich dem an, was gestern gesagt worden ist. Der Abzug der Besatzung muß von uns als unser gutes Recht verlangt werden. Mit der friedlichen Bestimmung des deutschen Volkes ist die Fortdauer der Besatzung unvereinbar. Im übrigen unterstreiche ich das, was in der Regierungserklärung gesagt worden ist: Die Namen Marx und Stresemann sind die beste Gewähr für die Fortführung und Fortdauer der bisherigen Außenpolitik.

Meine Partei steht geschlossen und einmütig auf dem Boden der republikanischen Verfassung. Viele unsere klare Stellungnahme haben wir bei der Bildung der Regierung zum Ausdruck gebracht und die Deutschnationalen haben die Rechtsgültigkeit der in Weimar begründeten Verfassung durch Annahme der Richtlinien bestätigt. Von den Deutschnationalen ist eine Aenderung ihrer Ueberzeugung nicht gefordert worden, wohl aber die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Weimarer Verfassung.

Das Opfer der inneren Zustimmung zur bestehenden Staatsordnung ist ja auch nicht von dem Abg. Scheidemann verlangt worden, als er den Eid als Staatssekretär der früheren Regierung leistete. Die Deutschnationalen haben sich unbedingt zum Schutz der jetzigen Verfassung verpflichtet. Ich stelle ausdrücklich fest, daß auch wir die Vergangenheit ehren. Für uns ist sie ein kostbares Vermächtnis. Aber ich mache die Herren Deutschnationalen darauf aufmerksam, daß von uns niemand, weder in Verfammlungen noch in der Presse, die Farben Schwarzweißrot verächtlich gemacht hat.

während die Farben Schwarzrotgold von den Deutschnationalen unzählige Male herabgezogen worden sind.

Wir ermarren von Ihrer Loyalität, daß dem jetzt ein Ende gemacht wird.

Die neue Regierung wird alle Veranstaltungen und Organisationen verbieten, die das Bestreben zeigen, gegen die jetzige Staatsform gewaltsam vorzugehen. Diese Vereinbarungen sind von allen Regierungsparteien ohne Vorbehalte und ohne Einschränkungen anerkannt worden. (Höri! Höri.) Darin sehe ich einen außerordentlichen innerpolitischen Fortschritt. Wir verlangen von den Deutschnationalen kein Opfer der Ueberzeugung, auch von den Sozialdemokraten haben wir das nicht verlangt. Unsere Ueberzeugung haben wir gegenseitig stets geachtet, trotzdem uns von den Sozialdemokraten unüberbrückbare Gegensätze, namentlich auf weltanschaulichem Gebiet, trennen.

In der Frage der Reichsmehr unterstrich der Redner die Ausführungen des Reichstanzlers in der gestrigen Sitzung.

Das Zentrum steht auf dem Standpunkt, den der Abg. Wirth für die Fraktion dargelegt hat. Die Erklärung der Reichsregierung ist darin so klar, daß keine Auslegung im Sinne der Rede des Grafen Westarp möglich ist.

Mit aller Entschiedenheit lehnen wir es ab, daß die neue Regierung als Regierung des Bürgerblocks angesprochen wird. Aus der Formulierung des Manifests ergibt sich, bevorzugs aus dessen sozialpolitischem Teil, daß das Zentrum eine soziale Reformpartei bleiben will. Wir verlangen die Herbeiführung eines Zustandes, in dem die rechtliche Anerkennung der Gleichberechtigung von Arbeit-

geben und Arbeitnehmern gesichert ist. Die Regierung wird sozialpolitisch sein oder sie wird nicht sein. Die neue Regierung ist auch keine Regierung gegen die Sozialdemokratie. Wir haben nicht die Absicht, die Sozialdemokratie von der politischen Arbeit auszuschließen.

### Keine Änderung in Preußen.

Der Redner weist mit Entschiedenheit die Behauptung des Grafen Westarp zurück, daß das Zentrum sich von der Sozialdemokratie gelöst habe. Das Zentrum bestimme selbst sein Verhältnis zur Sozialdemokratie. (Seiterseite.)

Deshalb können wir auch nicht anerkennen, daß die neue Regierung des Reichs erst dann zur vollen Wirkung gelangen werde, wenn in dem größten der Länder die Auflösung des Zentrums von der Sozialdemokratie erfolgt sein wird.

Die Länder allein haben die ihnen passende Regierungsform zu bestimmen. Ausdrücklich stelle ich fest, daß die in Preußen und Baden bestehenden Regierungen erfolgreich zum Heile ihrer Länder gewirkt haben. Schon im Jahre 1925 bei der Vorstellung der Regierung Luther hat Graf Westarp eine ähnliche Erklärung abgegeben. Trotzdem die Deutschnationalen neun Monate in der Regierung ausgehalten haben, besteht die preussische Regierung heute noch.

Der Redner wendet sich dann mit Entschiedenheit gegen die Behauptung in einer Reihe von Blättern, daß auf das Zentrum von außen her eingewirkt worden sei, um die jetzige Koalition bilden zu helfen. Er begründet es, daß in der Frage der Schule eine Lösung gefunden werden sollte. Es sei falsch, daß die Befreiung einen Zwang in dieser Hinsicht ausübe. Die Verfassung habe nur die allgemeine Schulpflicht festgelegt, aber das Schulwesen sei nicht nur Schule, sondern auch Erziehung, und dabei müßten auch die anderen weltlichen und öffentlichen Faktoren berücksichtigt werden. Der Redner erklärte zum Schluß, daß die Zentrumsregierung mit aller Entschiedenheit die Regierung unterstützen und an der Ausführung ihres Programms mitarbeiten werde.

Hiermit spricht der Abg. Dr. Koch (Dem.).

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

### Es wird „aufgeklärt“.

Westarp, der Mißverständene.

Gestern hat Westarp ins Porzellan des Bürgerblocks getöppert, daß es nur so kratze. Heute geht es in der deutschnationalen Presse nach der Parole: nur stille, kein Geräusch gemacht. Es wird sich schon alles finden. Die Deutschnationale Pressestelle verläutbart:

„Die Gerüchte über Unstimmigkeiten im Zentrum wegen der Reichstagsrede des deutschnationalen Parteiführers Grafen Westarp anlässlich der Regierungserklärung sind, wie wir erfahren, nach jeder Richtung hin stark übertrieben. Gewisse Mißverständnisse über Nebenpunkte werden sich am Freitag aller Voraussicht nach leicht auflären lassen. Von einer Rückgabe des Portefeuilles des Herrn Reichsministers Dr. Köhler ist nicht die Rede.“

„Gewisse Mißverständnisse in Nebenpunkten“ — das ist gut gesagt. Absage an die bisherige Außenpolitik, Bekenntnis zur Monarchie — gewisse Mißverständnisse in Nebenpunkten? Auf Kommando schreibt die deutschnationalen Presse, einschließlich der „Deutschen Zeitung“, die Rede Westarps habe nur Selbstverständlichkeiten enthalten. Aber wie werden Selbstverständlichkeiten zu Mißverständlichkeiten? Die „Kreuz-Zeitung“ findet obendrein, Graf Westarp habe sich persönlich zurückgehalten:

„Graf Westarp hat in seiner Erklärung als Sprecher der deutschnationalen Reichstagsfraktion seine persönliche Überzeugung als konservativer Mann etwas hinter die Rücksichten auf die nuancierten Ansichten innerhalb der Deutschnationalen Partei zurücktreten lassen müssen. Wir sind dessen sicher, daß seine persönliche Ansicht sich voll und ganz mit der von uns in der „Kreuz-Zeitung“ stets vertretenen und auch weiterhin aufrechterhaltenen Gewissheit deckt, daß die Monarchie für das deutsche Volk die überhaupt einzig geeignete Staatsform ist.“

### Das Lächeln.

Von Lucian.

Von Amerika kam die Offenbarung, daß man die Unannehmlichkeiten, die das Leben, auch das dollargelegnetste, bisweilen mit sich bringt, durch Lächeln befähigen könne. Jemand, der zum Beobachten Zeit hatte, war zur Einsicht gelangt, daß die Gesichter seiner Mitmenschen einen widerlich verblüffenden und verdrossenen Ausdruck zeigten, der durch seinen lästigen Anblick die Verbissenheit des eigenen Gesichts noch steigerte. Das Vorbild der Japaner, die sogar dem ihnen unympathischen Amerikaner oder Europäer stets ein verbindliches Lächeln zeigen, reizte zur Nachahmung. Er predigte die Religion des Lächelns, und seither lächelt jede Dolzarthäne, wenn sie auf Gang ausgeht, jeder arme Teufel, der erst eine Million und nur zwei Autos besitzt, jeder Mann, dem bereits die dritte Frau durchgegangen, jeder Liftboy, natürlich jede Filmdiva, jeder Präsidentschaftskandidat, kurz, es lächelt ganz Amerika. Deutsche Blätter, die hinter den Ereignissen nicht zurückbleiben möchten und die Lächelnschwärmer erkannte haben, bringen Bilder, auf denen gezeigt wird, wie Miß Mabel Grant inmitten ihres luxuriösen Heims die schweren Sorgen, die sie bedrücken, durch ein wahrhaft bezauberndes Lächeln bezwingt. Wie rührend das Lächeln einer Mutter, der soeben die gepflegte Gouvernante den Liebling aus seinen Daumentassen in die Arme legt. Von dem Lächeln der Filmkönigin Rea Culpa in ihrem fürstlichen Wohnsitz oder der Pia Fraus in ihrem Schloß am Meer ganz zu schweigen. Es ist fraglos, daß sogar die berückenden Gesichter unserer Filmliebhaber durch ein sorgsam trainiertes Lächeln noch berückender und um Jahre verjüngt aussehen.

Um die Wirkungen dieser von Amerika ausgehenden Lächelkultur auf das einfache Volk zu studieren, habe ich mich entschlossen, einige Beobachtungsfahrten zu unternehmen. Ich landete zuerst auf dem dritten Hof eines stattlichen Arbeiterhauses, in der Nähe des Gesundbrunnens. Dort wohnt in Stube und Küche, vier Treppen hoch, die aus fünf Köpfe bestehende Familie des Arbeiters Krause. „Aun“, sagte ich, „Aber Krause, Sie haben doch sicherlich auch schon davon gehört, daß das lächelnde Volk der Amerikaner alle Sorgen durch stetes Lächeln überwindet?“ „Versteht sich“, antwortete Krause mit bezaubernder Freundlichkeit. Seit Mutter vor zwei Monaten das letzte Bleich gelobt hat, das in einem illustrierten Blatt eingewickelt war, wissen wir Bescheid. Sehen Sie mal, wie entzückend Mutter lächelt, obwohl sie unaufhörlich Hustet. Und mein Junge und die Kleinsten, die arbeitslos sind wie ich, sie lächeln trotzdem egal weg. Vorgesetzten haben wir das letzte Brot gegeben, aber das macht einen Dreck, wir lächeln einfach bis zur Bewußtlosigkeit.“

„Wahrer Mann“, sagte ich zu mir, als ich von ihm forging. Unterwegs traf ich meinen alten Bekannten, den Zigarrenhändler

Sie unterstreicht noch einmal die Absage an die bisherige Außenpolitik:

„Daß von dieser angestrebten Verständigung überhaupt erst die Rede sein darf, wenn die deutsche Souveränität im ganzen Reichsgebiet wiederhergestellt ist, d. h. das besetzte Gebiet endlich geräumt ist, versteht sich für uns von selbst. Ob man bei aller Einmütigkeit über die Ziele der deutschen Außenpolitik an den bisherigen Methoden festhalten kann, erscheint uns ausgeschlossen.“

Das ist die Erläuterung der Westarpschen „Selbstverständlichkeiten“ aus seinem eigenen Geiste heraus. Wie will man daraus Mißverständlichkeiten machen und klären ohne neue Zweideutigkeiten?

Die „Germania“ aber läßt die Verstimmung des Zentrums und das Mißtrauen gegen den neuen Bundesgenossen sehr deutlich erkennen:

„Die außenpolitischen Ausführungen enthielten mehr als eine zweifelhafte Wendung. Was mit der einen Hand gegeben wurde, nahm die andere schweigend wieder zurück. Und der Gesamteindruck war Mißtrauen und bange Sorge über die Aufrichtigkeit deutschnationaler Zusagen und deutschnationaler Politik auf allen Seiten.“

Kein Wunder, daß die Rede des Grafen Westarp starke Mißstimmung bei den übrigen Regierungsparteien und auch bei Herrn Stresemann hinterließ. Ein schlechter Anfang, der nichts Gutes für die Zukunft verspricht.

Auch in den Reihen der Regierung selbst fand die Westarpsche Rede gerade kein freudiges Echo, und selbst die deutschnationalen Minister scheinen von der Vorteilhaftigkeit dieser Rede nicht überzeugt zu sein. Noch während der Sitzung traten die Minister zu einer Besprechung zusammen, um zu beraten, wie das zerstückelte Porzellan wieder gefügt werden könne. Wahrscheinlich wird eine zweite deutschnationaler Erklärung wieder gut zu machen suchen, was die erste verdorben hat. Das ist dringender nötig. Eine zweite Rede dieses Charakters kann die neue Koalition kaum vertragen.“

Das klingt anders als die Verlautbarung der Deutschnationalen Pressestelle. Es fängt erst an, und schon sagt die „Germania“: so geht es nicht weiter!

### Paris mißtrauend und abwartend.

Paris, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungserklärung des Kabinetts Març wird von der hiesigen Presse mit großer Zurückhaltung, wenn nicht mit ausgesprochenem Mißtrauen kommentiert. Von links bis rechts begrüßen zwar prinzipiell sämtliche Blätter die Erklärungen des Kanzlers in innen- wie außenpolitischer Beziehung, fügen aber hinzu, daß man wohl in Frankreich allen Grund habe, die Ereignisse mit großer Zurückhaltung abzuwarten, um zu sehen, ob den Worten des Kanzlers dementsprechende Taten folgen werden.

In dem Maße, in dem man den Regierungserklärungen glauben könne, so sagt der „Quotidien“, müsse man die Erklärungen, die über die Innen- wie die Außenpolitik abgegeben worden seien, begrüßen. Das Blatt glaubt aber, daß die Rede des Grafen Westarp in dieser ersten Stunde des Wirkens der neuen Regierung den Zwist in dieselbe hineingetragen habe. Vom ersten Tage an sei das Kabinett Març dadurch verurteilt, und in Deutschland werde man sicher wohl oder übel trotz der Opposition der Katholiken auf die Dauer zur Auflösung des Reichstages gelangen müssen.

Die Erklärungen des Kanzlers, betont Vertinax im „Echo de Paris“, wären natürlich noch befriedigender, wenn man es nicht mit einer Regierung zu tun hätte, die unter Umständen in der Lage wäre, ihre wirklichen Absichten zu verheimlichen. Zurückhaltung seitens Frankreichs sei um so mehr am Platze, als der Graf Westarp, der Chef der Nationalisten, in keiner Weise offen und reslos sich den Erklärungen Març angeschlossen habe. Seine Interpretation berechtigter gegenseitiger Mißtrauen, das man in die Erklärungen Març im Ausland sehen könne.

Im „Deuxième“ wird die Regierungserklärung außerordentlich scharf kritisiert. Sie habe, trotzdem man wenig von ihr er-

wartet habe, dennoch enttäuscht. Sie sei in einem neutralen Sinn abgefaßt, ihr Text sei elastisch „und gestatte alle Auslegungen“. Die Nationalisten hätten sich zu Konzessionen herbeigelassen, weil sie ja unter allen Umständen in die Regierung wollten, um ihre Zolltarife und die reaktionäre Sozialpolitik, die sie beabsichtigten, durchzusetzen.

Eine reslosige Billigung findet die Regierungserklärung nur im rechtsstehenden „Journal“. Das Blatt sieht die Rede Març als historisch an, weil einerseits nie eine deutsche Regierung und besonders eine Rechtsregierung sich so klar für die Aufrechterhaltung der Republik ausgesprochen habe, und andererseits in bezug auf die auswärtige Politik die Regierungserklärung sich durchaus eindeutig äußere. Auch das „Journal“ ist überzeugt, daß die Intervention des Grafen Westarp zu ersten Komplikationen innerhalb des Kabinetts führen werde. Man habe viel bemerkt, daß Stresemann im Laufe der Rede die Regierungsbank verließ, und die Intervention des Grafen Westarp sei in jeder Weise geeignet, von vornherein die Stellung des Kabinetts dem Reichstag und dem Ausland gegenüber zu kompromittieren.

### Orgien der Börsenspekulation.

Die Wirtschaftsführung verfaßt.

Die Börsenspekulation feiert in den letzten Tagen wahre Orgien. Angefaßt der wilden Haufe an der heutigen Börse, die geradezu an Inflationstäufe erinnert, treten alle sachlichen Begründungen in den Hintergrund. Die Industrie, insbesondere die Industriekreise des Westens, taufen in ungeachtetem Umfang. Daneben haben sich anscheinend heute auch holländische und schweizerische Kreise engagiert. In den einzelnen Papieren waren die Aufträge kaum zu bewältigen. Am Geldmarkt rechnet man damit, daß am morgigen Sonnabend und in der neuen Woche die Sätze billiger werden.

Der Spekulationstauel für deutsche Werte erfährt immer weitere Kreise des In- und Auslandes. Die schwerverdienenden Montanindustrien und die Banken haben für ihre Profite keine andere Verwertung als die Spekulation um Differenzgewinne. Es fehlt die Kraft, die die guten Folgen der Rationalisierung, der Engländerkonjunktur, der Zins- und Steuerentlastung zur Befruchtung der Wirtschaft umlenkt. Währenddem darben Millionen, müssen sich Reich, Länder und Gemeinden durch Anleihen verschulden. Die bisherige Wirtschaftsführung ist unzulänglich und verfaßt; das beweist heute die Börse. Die Arbeiterschaft steht vor schweren Aufgaben, wenn es besser werden soll. Aber auch vor großen Kämpfen!

### Kanton marschiert gegen Norden.

Ganz China gegen England einig.

London, 4. Februar. (W.B.) Der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ in Schanghai meldet: Berichte aus Hangschau (Provinz Tschekiang) besagen, daß ein heftiger Kampf zwischen den Nationalisten und den Streitkräften des Marschalls Sanschuanfang im Gange ist und daß der Marschall sich zurückzieht in der Hoffnung, bei Hangschau endgültig Front zu machen.

Der Abbruch der Verhandlungen mit England durch den kantonesischen Minister des Auswärtigen wird in Schanghai als ein so gut wie endgültiger Beweis dafür aufgefaßt, daß Nord- und Südchina jetzt in der Frage der Verträge und in ihren Widerstand gegen die britische Diplomatie einig seien. Die Handlungsweise des kantonesischen Ministers des Auswärtigen werde darauf zurückgeführt, daß die nationalistische Regierung sich durch die Petinger Note und die Entlassung des Generalsinspektors der Seezölle veranlaßt sehe, auch ihrerseits eine patriotische Geste zu machen. Wenn auch der britische, amerikanische, französische und japanische Admiral zurückhaltend seien, herrsche doch der Eindruck, daß angesichts der schroffen Haltung Pekings und Hankaus die Ereignisse sich in Richtung auf einen Druck und möglicherweise auf einen Bruch und auf Feindseligkeiten hin bewegen. Deshalb sei man auch eifrig auf die Entfernung aller Ausländer bedacht.

Lehmann. Wir sprachen über allerhand, auch über Politik, und ich fragte ihn, was er denn zu den trostlosen Vorgängen der letzten Zeit sagte. Aber Lehmann sah mich ironisch lächelnd an. „Ich lache überhaupt nichts mehr“, meinte er mit besonders pfliffiger Miene, „ich lächle bloß. Sie ahnen gar nicht, wie gesund das ist.“

Meine Vermutungen, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten bereits ebenfalls zur Lächerlei übergegangen ist, bestätigte sich. Überall lächelte man, teils überlegen, teils ironisch, teils fast zufrieden, teils mit jenem so entzückend banalen Seelenadel wie Eva Rara, Mea Culpa oder der neuentdeckte Liebling der Vereinigten Staaten: Heilig Austria.

Um noch einen letzten Versuch zu machen und mich von der grundlegenden Bedeutung des Lächelns auf das Volkswohl auch in scheinbar schweren Fällen zu überzeugen, beschloß ich, das Ehepaar Timpe aufzusuchen. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Wohnungsnot und sonstige Verdrießlichkeiten stellten den Gemütszustand dieser beiden Leute auf eine besonders harte Probe. In dem muffigen Keller wehte es mich eifrig an. Aber siehe da, auf dem halbzerbrochenen Lehnstuhl, im Kreise der zerlumpten Seinen, vom trüben Tageslicht undeutlich beschienen, sah Timpe zusammengesunken da und lächelte.

„Der Triumph des Lächelns“, stellte ich mit Genugtuung fest. „Der Sieg des Amerikanismus auf der ganzen Linie.“ Aber Frau Timpe, ein graues Bündel Elend, sank mit einem herzzerreißenden Aufschrei vor mir nieder: „Er ist tot, mein Mann. Gestern ist er gestorben. Wir hatten seit fünf Tagen nichts mehr zu essen.“

Die Frankreich Beethoven ehren will. Während die meisten Kulturstaaten bereits ein genaueres Programm ihrer Beethoven-Feiern festgelegt haben, hat man in Frankreich sich lange nicht einigen können und tritt erst jetzt mit einem großartigen Plan hervor, der von dem Unterrichtsminister Herriot ausgearbeitet worden ist. Wie in der „Comœdia“ berichtet wird, sollen die Beethoven-Feste an zwei verschiedenen Tagen stattfinden. Die eigentliche Hundertjahrfeier ist auf den 22. März festgelegt, damit der Präsident der Republik daran teilnehmen kann. Sie wird wahrscheinlich in der Sorbonne stattfinden, und zwar werden die neunte und die fünfte Symphonie aufgeführt, die erstere unter Leitung von Vincent d'Indy, die fünfte unter Leitung von Philippe Gaubert. Den Mittelpunkt der Feier wird der Vortrag des heiligenförmigen Testaments durch einen berühmten Schauspieler bilden. Die zweite Feier, die im Juni stattfinden soll, ist ein internationaler Verbündungs-fest ausgestellt werden. Abgeordnete aus allen Ländern sollen daran teilnehmen, und Ne Vorführungen sollen von drei großen Dirigenten geleitet werden, einem französischen, einem deutschen — man denkt an Richard Strauß — und einem russischen. Das Fest wird in Vincennes vor dem Denkmal Beethovens stattfinden, das der Bildhauer José de Chormoy geschaffen hat. Vor der Statue des Titanen sollen Chöre, die aus Angehörigen aller Länder und aller Sprachen zusammengesetzt sind, die „Ode an Schiller“ singen, womit wohl nur der Schlusshymnus der neunten

Symphonie gemeint sein kann; auch die Orchester, die mitwirken, sollen aus den besten Musikern aller Länder zusammengesetzt sein, und die Aufführungen sollen durch Radio überallhin verbreitet werden.

118 Millionen Yankees. Nach einer Schätzung des Statistischen Bureaus in Washington wird die Bevölkerung der Vereinigten Staaten im Juli 1927 118 628 000 Seelen umfassen. Diese Zahl würde eine Zunahme um 1 1/2 Millionen über die Bevölkerungs-ziffer vom 1. Juli 1926 bedeuten. Am 1. Januar 1925 wurde die Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten auf 112 726 000 Bewohner geschätzt. Innerhalb von zwei Jahren würde also Nordamerika sich um fast 5 Millionen Menschen vermehrt haben. 1926 betrug die Bevölkerungszahl 105 710 620 und 1910 91 972 266. Das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten wurde im Mai des vergangenen Jahres auf 550 Milliarden Dollar geschätzt, und man hat berechnet, daß es sich jährlich um 50 bis 60 Milliarden Dollar vermehrt.

Bart und Bublikop. Recht beunruhigende Aussichten für das Aussehen der kommenden Frauengeschlechter eröffnet eine Mitteilung des „British Medical Journal“, in der ein Arzt aus Nord-Borneo, Dr. Vosceigne, sich über die Vorzüge und Nachteile des Bublikopfes ausspricht. „So groß die hygienischen Vorteile des kurzen Haars sind“, schreibt er, „so hat die Sache doch auch ihre Schwächen. In manchen Dörfern von Java und Borneo besteht seit langem die Sitte unter den Männern, das Haar lang wachsen zu lassen; diese Männer haben keine Bärte. In anderen Dörfern aber, wo die Männer die Haare kurz tragen, sind die Bärte ganz gebrauchlich. Etwas ähnliches ist für die Europäer zu erwarten, wenn sie fortfährt, durch mehrere Generationen ihr Haar kurz zu tragen. Wir müssen dann damit rechnen, daß ein Geschlecht von Frauen mit Bärten entsteht.“

Eine Verordnung zugunsten von Autoren. Das römische Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung, wonach die Verträge zwischen Konfessionären und Autoren zugunsten der letzteren gelöst werden, wenn die Konfessionäre die Aufführung oder die Veröffentlichung von Werken nicht binnen drei Jahren, vom Vertragsabschluss an gerechnet, durchgeführt haben. Den Autoren gebührt in solchen Fällen der Ersatz des erlittenen Verlustes.

Arbeiterkonzert. Am Sonntag veranstaltete der 290 Mitglieder zählende Verein „Vorwärts“ in Matzen am Rinnens- und amtlicher Chor mit eigener Orchesterabteilung, ein Konzert im „Salsbau-Riedrich-Saal“ unter Leitung von Walter Paas, Berlin. Zur Aufführung gelangten Orchesterwerke sowie Chöre a cappella und mit Orchester. Karten zu 1 W. durch die Vereine und an der Kasse. Beginn 8 Uhr.

Marcell Salzer gibt seine zwei letzten „Lustigen Abenteuer“ in dieser Saison am Sonnabend, 5., und Sonntag, 6. Februar, in der Singakademie.

Eine Ricardo-Hoch-Vorstellung findet Sonnabend, 5. Uhr, im Keller der Kaff. Dr. Guban-Raus statt aus einem Roman der Dichterin und spricht eine Auswahl ihrer Gedichte.

Ein deutsch-österreichischer Klub wurde Mittwoch in Leipzig gegründet. Der Klub soll einen Kultur- und Wirtschaftsverband für den jernen Osten bilden.

## Rechtsblock und Rechtsauschuß. Verwirrung wegen des Entwurfs über die Reichsrechts- sammlung.

Der Rechtsauschuß des Reichstages sollte sich heute mit dem von der verflochtenen Reichsregierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Sammlung des Reichsrechts beschäftigen, der das Ziel verfolgt, Hunderte von Gesetzesbestimmungen zu beseitigen, die infolge der staatsrechtlichen Entwicklung und infolge neuerer Gesetze veraltet und überflüssig geworden sind. Vor Eintritt in die Tagesordnung warfen der Genosse Dr. Rosenfeld und Abgeordneter Brodau (Dem.) die Frage auf, ob diese Vorlage nach der Bildung der neuen Reichsregierung beraten werden könne, ohne daß die jetzige Regierung erkläre, hinter dem Gesetzentwurf der früheren Regierung zu stehen.

Vor. Kahl wies darauf hin, daß staatsrechtlich jede Vorlage einer früheren Regierung als solche der gerade amtierenden Regierung zu gelten habe, bis sie zurückgezogen sei.

Abg. Wunderlich (D.V.P.) erklärte, die Einholung der gewünschten Regierungserklärung sei überflüssig, betonte aber, daß die jetzigen Regierungsparteien den Wunsch hätten, erst noch über die Vorlage unter sich zu beraten.

Genosse Rosenfeld hob hervor, daß gerade bei dieser Vorlage die Stellungnahme der neuen Regierung sofort geklärt werden müsse, da dieser Gesetzentwurf auch den Zweck verfolge, mit den in vielen Gesetzen noch enthaltenen Hinweisen auf monarchistische Zeiten, auf Kaiser und Fürsten, zu beseitigen, und man doch wissen müsse, wie die jetzigen Mitglieder der Reichsregierung zu der Vorlage ständen und die monarchistische Partei, die jetzt in der Regierung vertreten sei. (Zuruf von rechts: „Es gibt keine monarchistische Parteien mehr!“ Heiterkeit.) Es komme hinzu, daß schon in der gestrigen Debatte über die Regierungserklärung Differenzen zwischen der Regierung und der deutschnationalen Fraktion hervorgetreten seien.

Abg. Lohmann (Dnall.) widersprach heftig der Behauptung, daß die Rede des Grafen Westarp mit der Regierungserklärung im Widerspruch gestanden habe.

Abg. Freitag-Lortingshausen (Dnall.) erklärte, daß seine Freunde sich ihre Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf nochmals überlegen müßten, wenn jetzt von Dr. Rosenfeld behauptet werde, daß der Hauptzweck der Vorlage die Streichung der Hinweis auf die monarchistische Staatsform sei.

Genosse Rosenfeld stellte demgegenüber fest, daß in § 5 der Vorlage ausdrücklich davon gesprochen werde, daß durch sie die Anpassung an die Bestimmungen der Reichsverfassung vollzogen werden sollen.

Der Rechtsauschuß beschloß darauf, sich zu vertagen und seinen Vorsitzenden zu beauftragen, eine Erklärung der Regierung darüber zu beschaffen, ob sie den Gesetzentwurf übernehme und damit zugleich auch die Regierungsparteien Gelegenheit zu Verhandlungen unter sich zu geben.

Man kann begierig sein, welche Stellung die Deutschnationalen dem Gesetzentwurf über die Sammlung des Reichsrechts, den sie bisher bekämpft haben, jetzt einnehmen werden.

## Großfeuer in der Frankfurter Allee. Eine Möbelfabrik angebrannt.

Ein verheerendes Schadenfeuer wütete heute früh in einer Möbelfabrik in der Frankfurter Allee 315. Auf dem zweiten Hof des Grundstücks befindet sich ein etwa 120 Meter langer einseitiger Seitenflügel, in dem verschiedene Fabrikationsbetriebe arbeiten. Einen großen Teil des Gebäudes nimmt die Möbelfabrik von Lemle ein. Das Feuer kam in dem in der ersten Etage gelegenen Pforterraum aus noch unbekanntem Ursachen aus und wurde erst verhältnismäßig spät bemerkt. Kurz vor 1/8 Uhr wurde in der Boghagener Straße der Feuermelder gezogen, worauf sofort ein Wöschzug ausrückte. Sonderbarerweise war der Wehrer inzwischen verschwinden, so daß die Wehrleute ohne Anhaltspunkte für den Brandort blieben. Es wurde zunächst bds williger Alarm vermutet, bis von Vorübergehenden die Mitteilung gemacht wurde, „es soll in der Frankfurter Allee 315 brennen“. Als die Wehr dort eintraf, brannten die Räume der Möbelfabrik von Lemle in gesamtlicher Ausdehnung bereits lichterloh. Auf den Alarm „Großfeuer“ eilten vier Wöschzüge zur Hilfeleistung herbei. Der große Hof war völlig mit Rauchschwaden angefüllt. Nur mit großer Mühe konnten die mit Schutzmästen ausgerüsteten Wehrleute gegen den Brandherd vordringen. Mit sechs Schlauchleitungen großen Kalibers wurde ein umfassender Löschangriff vorgenommen. Stark bedroht war längere Zeit eine auf dem Nebengrundstück befindliche Großgarage mit etwa 80 Bogen. Das Feuer konnte nach dieser Seite aber abgeregelt werden. Der ganze Betrieb von etwa 50 Meter Länge und 10 bis 12 Meter Tiefe, das Erdgeschoss, das gesamte erste Stockwerk und der Dachstuhl bildeten ein einziges Flammenmeer. Erst nach mehrstündigem Wassergeben war die Hauptgefahr beseitigt. Die Abwässer- und Abraumungsarbeiten dauerten bis gegen 12 Uhr mittags. Der Schaden ist sehr erheblich, da außer Gebäudeschaden erhebliche Möbelvorräte den Flammen zum Opfer gefallen sind.

## Ein „sozialer“ Wohlfahrtspfleger.

Ein Arbeitsloser berichtet uns von einem Wohlfahrtspfleger, der sehr rigoros in der Festsetzung der Unterstützungen sein soll. Ein Arbeitsloser S., der, um die Rente bezahlen zu können, bei ihm eine Unterstufung beantragt hatte, mußte zunächst einmal vier Wochen auf Erledigung seines Antrags warten. Nachdem er mit der Zahlung der Rente zwei Monate im Rückstand geblieben war, hat der Hauswirt jetzt die Exmision des Meisters beantragt. Der Wohlfahrtspfleger hat jetzt die Hälfte der aufgelaufenen Rente als Unterstufung bewilligt. Einmal weiß der Arbeitslose nun nicht, wie er die restlichen 45 M. aufstreifen soll — von seiner Unterstufung kann er die Summe bestimmt nicht zahlen — und dann ist er auch der Gefahr ausgesetzt, daß die Exmision vollstreckt wird. Und das alles, weil ein Wohlfahrtspfleger allzu langsam arbeitet.

## Gegen den Abtreibungsparagrafen.

Im Rahmen eines Vortragsabends in der Fürstin-Bismarck-Schule, Spießstraße, sprach Rechtsanwalt Walter Bahn über das Thema „Wie muß die Abtreibungsregelung reformiert werden“. Die Herabmilderung der Strafe von Zuchthaus auf Gefängnis müde wie eine Farce an und bedeutet alles andere eher als eine Lösung des Problems. Gerade heute, in einer Zeit größter wirtschaftlicher Not, muß in Beziehung auf die Abtreibung Klarheit herrschen. Wäre der Staat in der Lage oder hätte er auch nur den Willen, die Not der arbeitenden Klasse zu mildern, würden ansehnliche Kinder auf Staatskosten erzogen werden, so daß die Suche nach der Vaterhilfe aufhören könnte, dann wäre die Abschaffung des Abtreibungsparagrafen nicht so dringend. Was soll eine hungernde Familie aber mit neuem Zuwachs anfangen? Das Kind kann weder gut ernährt noch erzogen werden. Steht nicht ein Ehepaar, das bei fremden Leuten oder bei den Eltern möbliert wohnen muß, bei Familienzuwachs auf die größten Schwierigkeiten? Die wirtschaftlichen Umstände zwingen die Frau, abzutreiben zu lassen. Die Gesetzgebung darf sich dieser dringenden Notwendigkeit nicht verschließen. Man muß das Problem ohne moralische Brille betrachten. Eine völlige Aufhebung des Paragrafen, wie in Rußland, wäre allerdings kaum wünschenswert. Am besten ist der Vorschlag der Sozialdemokraten aus dem Jahre 1920, der eine Abtreibung bis in den dritten Monat erlaubt. Die Frage,

# Raubüberfall am hellen Tage.

## Die Räuber in einem Auto entkommen.

Ein verwegener Raubüberfall auf einen Kassenboten wurde heute morgen in der Wilhelmshavener Straße in Moabit verübt. Er mißlang. Die Räuber entkamen in einer Autodroschke.

Der 56 Jahre alte Kassenbote Otto Frieslae aus der Bielefeldstraße, ein sehr zuverlässiger Mann, holte um 9 Uhr von der Zweigstelle der Dresdner Bank an der Ecke der Turm- und Stromstraße für die Erwerbslojenfürsorge 9000 Mark ab, die von der Kasse der Fürsorgestelle in den Baracken an der Bielefeldstraße an Erwerbslose heute zu zahlen waren. Als er die Bank verließ, fielen ihm am Kleinen Tiergarten zwei Männer auf, die ihm verächtlich vorkamen, weil sie ihn beobachteten. Er war deshalb schon auf seiner Hut. Auf dem Rückwege nach der Kasse erhielt er an der Ecke der Wilhelmshavener und Bielefeldstraße plötzlich hinterwärts einen wuchtigen Schlag ins Genick, der ihn zu Boden streckte. Dann stiegen die beiden verdächtigen Männer über ihn her. Frieslae wehrte sich aus Beistrafen und hielt seine Tasche so fest, daß es den Räubern, die jetzt blindlings auf ihn einschlugen und ihn mit Fäusten trafen, nicht gelang, sie ihm zu entreißen. Auf seine Hilferufe kamen alsbald Leute herbeigelaufen, besonders Erwerbslose, die zunächst nicht wußten, um was es sich bei der Kampfscene handelte. Als die Räuber erkannten, daß sie nicht zum Ziele kamen, zogen sie Pistolen und hielten das Publikum in Schach, ohne zu schießen, und ergriffen dann die Flucht.

In der Nähe war ein Auto, das sich bereits langsam bewegte. In dieses sprangen die beiden hinein und zertrümmerten dabei eine Scheibe. Der Wagen jagte folglich davon. Frieslae, der blutende Verletzungen am Kopf und einem Knie erlitt, wurde von den Leuten aufgehoben und schleppte sich in Begleitung einiger nach der Kasse in den Baracken. Den Verfolgern habe sich unterdessen eine Patrouille des 25. Reviers angeschlossen, das Auto einschwand jedoch bald ihren Augen. Es wurde festgestellt als die Kraftdroschke

I A 37038. Das von der Reiterpolizei benachrichtigte Raubdezernat ermittelte sofort mehrere Beamte an den Tatort, die die weiteren Ermittlungen einleiteten. Einige Zeugen wollen gesehen haben, daß das Auto in langamer Fahrt bereits dem Kassenboten gefolgt sei. Hiernach wäre anzunehmen, daß sein Führer mit den Räubern Hand in Hand gearbeitet hatte. Diese haben den Plan offenbar von langer in Hand gearbeitet hatte, die ihn schon beobachtet hatten als er von den Baracken nach der Bank ging. Mitteilungen zur Aufklärung, insbesondere über das Auftauchen der Kraftdroschke I A 37038 an Kriminalkommissar Werneburg, Raubdezernat, im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums.

## Tragisches Ende einer Geburtstagsfeier.

In dem Hause Lange Str. 87 wohnt im Duergebäude eine Schneiderin Emma Rehe. Bei ihr wurde gestern Abend der Geburtstag einer 23 Jahre alten Kassein Frau Emmi Hoff, geb. Semrau, gefeiert, die bei ihrer Mutter in der Thierstraße wohnt. Am ganzen waren sechs Mädchen verammelt, die zur Feier des Tages auch berausenden Getränken ausgiebig zusprachen. Während endlich die anderen ihre Behauptungen aufsuchten, blieb Frau Hoff bei ihrer Freundin über Nacht und schlief mit ihr in einem Bett. Als die Wohnungsinhaberin heute morgen um 6 Uhr aufwachte, war ihre Freundin verschwunden. Sie sah sich nach ihr um und fand sie an der Klinke einer Stubentür erhängt auf. Sie schup Lörm, ein herbeigerufener Arzt konnte aber nur noch den Tod feststellen. Am Hals zeigten sich außer den Strangulationsmarken auch Flecke, die wie Bürgermale aussahen. So verbreitete sich das Gerücht, daß die Schneiderin ermordet worden sei. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie zur Obduktion nach dem Schauhaus bringen. Sie wird im Laufe des Tages alle an der Geburtstagsfeier Beteiligten zur weiteren Aufklärung vernehmen. Wahrscheinlich aber ist, daß Frau Hoff aus irgendeinem Grunde ihrem Leben selbst ein Ende gemacht hat.

ob bei der Abtreibung auch die Erlaubnis des Ehemannes eingeholt werden muß, ist nur von untergeordneter Bedeutung. Wichtig allein bleibt es, daß die Gesetzgebung ihren mittelalterlichen Standpunkt endlich verläßt. Die Arbeitslosigkeit geht nicht zurück, neue Wohnungen werden kaum gebaut, aber man katechisiert weiter mit einer veralteten moralischen Pose.

## Ein neuer Stary-Prozess.

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Lehmann begann jetzt die Berufungsverhandlung in dem großen Betrugsprozess gegen den Kaufmann Heinrich Stary. Der Angeklagte wurde aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt und erhob folglich Einspruch gegen den Beginn des Prozesses, da er durch seine neue Inhaftnahme an der ausreichenden Vorbereitung seiner Verteidigung behindert worden sei. Bekanntlich ist Heinrich Stary vor wenigen Tagen trotz der von ihm gestellten Sicherheitsleistung von 20 000 M. von neuem in Haft genommen worden, weil Verdunklungsgeschäfte befürchtet wurde. Der Einspruch von Heinrich Stary wurde aber vom Gericht zunächst zurückgewiesen, und es wurde mit der Berufung des umfangreichen erstinstanzlichen Urteils begonnen. Heinrich Stary kündigt aber vorher schon neue Anträge an. Nach dem Urteil des Schöffengerichts ist Heinrich Stary wegen Betruges und Untreue in einer Reihe von Fällen zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 50 000 M. verurteilt worden. Es handelte sich um die vielgenannten Sanierungs-geschäfte von Heinrich Stary, die dieser im großen betrieb hatte und die in der Regel damit endeten, daß er sich selbst sanierte, während die unter seine Pflegschaft genommenen Betriebe zusammenbrachen. Wie groß die Schwierigkeiten sind, die Heinrich Stary den Gerichten zu bereiten versteht, erhellt schon daraus, daß er bei der Schöffengerichtsverhandlung in seinem Schlusswort noch einmal mehr als 100 neue Beweisanträge stellte, um dadurch die ganze Beweisaufnahme noch einmal von Anfang an aufzurollen. Auch diesmal rechnet das Gericht mit ähnlichen Verlegenheiten des Angeklagten, so daß man die doppelte Dauer der Verhandlung — man rechnet mit drei bis vier Monaten — gleich in Rechnung gestellt hat. Die Anklage wird, wie im ersten Prozess, wiederum von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kirchner vertreten.

## Wohltätigkeitskonzert der Schupo.

Zum Besten der Kriegswunden der Stadt Berlin fand in der Staatlichen Hochschule für Musik ein Wohltätigkeitskonzert der Schupo Berlin statt. Unter der bewährten Leitung von Professor Camillo Hildebrand brachte das technisch wie künstlerisch hervorragende Orchester das sorgfältig gewählte Programm zum Vortrag. Eine Mozartsche Serenade für Streichquartett leitete den Abend ein. Die schillernde, kapriziöse Musik brachte das Orchester sehr fein zur Wiebergabe. Ein Extralied dem prächtigen ersten Geiger, dem wohl der Hauptanteil am Erlolge gebührt. Dann folgte das Klavierkonzert 4. G-Dur, von Beethoven, am Klavier Professor Waldemar Lüfsg. Die saubere Technik des Solisten im Verein mit der guten orchestralen Begleitmusik war würdig dem gemaltigen Werk des großen Meisters. Auch Tschaikowskys Sinfonie Nr. 6 bot dem Orchester keine Schwierigkeiten. Der gutbesuchte Saal quittierte mit starkem, herzlichem Beifall. Unter den anwesenden Gästen bemerkte man den Minister des Innern Genossen Erzsejnst, Oberst Hope, den Kommandeur der Schupo, Haupt, Staatssekretär Abegg u. a. m.

## Chinas Freiheitskampf.

In einer Versammlung der Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerrieden sprach der Chinese Yang Tang über „Freiheitsbewegung in China und der Weltfrieden“. Der Redner, der deutsch sprach, schilderte in eindringlichen Worten den überragenden Einfluß des ausbeutenden fremden Kapitals auf die chinesische Nationalwirtschaft und den immerwährenden Druck strapaziöser politischer Intriganten auf das Souveränität erstrebende Volk, die die Rücklärt der bürgerkriegsführenden Mächte auszunutzen, um das riesige Volk in Ohnmacht zu halten. In den Erz- und Kohlen-gruben ist fremdes Kapital beteiligt. Durch Privilegien, die das Auslandskapital besitzt, ist die junge chinesische Industrie ungemein in der Entwicklung gehemmt. Das Handwerk ist durch ausländische Machinationen vernichtet, Räuberbanden terrorisieren das Land. Ausländer erheben den Zoll, errichten Fabriken, nutzen billige Arbeitskräfte aus, machen das unglückliche Land zum Lammenschaf für beutehungrige Imperialisten und Nationalisten. Mit einer Religion der imperialistischen Verträge ist China nicht gedient, seine Lebensnotwendigkeiten sondern ihre Vernichtung!

Die beiden Lastkraftwagen. Vor dem Hause Dranienstr. 168, in unmittelbarer Nähe des Dranienplatzes, kam es gestern nachmittag zu einem schweren Zusammenstoß zwischen zwei Lastkraftwagen. Durch den heftigen Anprall wurde ein Fahrzeug zur Seite geschleudert und fuhr auf den Bürgersteig. Eine Vorübergehende konnte nicht mehr rechtzeitig zur Seite springen, wurde von dem Lastkraftwagen überfahren und eingekeschelt. Die Feuerwehr mußte die Verunglückte aus ihrer qualvollen Lage befreien. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde die unbekannt Frau, die keinerlei Papiere bei sich trug, in das Weihen-Krankenhaus gebracht.

Zu dem Raubmord in Sommerfeld wird weiter mitgeteilt: Die Obduktion der Leichen der ermordeten Eheleute Tschente ergab bei beiden als Todesursache Erdrosseln. Die Schläge, hauptsächlich Hammerschläge, die der Mann auf den Hinterkopf erhielt, haben die Schädeldecke nicht zertrümmert, sondern nur starke Fleischwunden hervorgerufen. Das Ergebnis der Sektion bestätigt die Annahme der Kriminalpolizei, daß die Eheleute im Schlaf überfallen worden sind. Ein Teil der Berliner Mordkommission unterstützt weiter die Ortsbehörde von Sommerfeld und die Landjäger. Der andere Teil betreibt die Ermittlungen in Berlin. Von dem Verbrecher, der sich beim Zertrümmern der Fenster Scheiben eine Hand, wahrscheinlich die rechte, erheblich verletzt haben muß, ist auch in Berlin noch keine Spur gefunden.

Die Grippe nimmt ab! Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin meldet weitere Abnahme der Grippeerkrankungen.

Wetterbericht vom Ferienheim Stutenhaus (Thür. Wald) vom 2. Februar 1927: 4 Grad Kälte, 60 Zentimeter alter Schnee, 20 Zentimeter Neuschnee, leichter Schneefall, Sportverhältnisse gut. Das Ferienheim Stutenhaus ist wohl der einzige Winter-sportplatz der schaffenden Bevölkerung. (Benlon pro Tag 3,50 M.)

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

## Schiedspruch für die Landwirtschaft.

### Tarifvertrag für die bäuerlichen Betriebe Schlesiens.

Die Löhne der schlesischen Landarbeiter sind seit langem die niedrigsten in Deutschland. Obendrein wollten die Arbeitgeber wegen der angeblich katastrophalen Lage in der schlesischen Landwirtschaft noch einen Lohnabbau vornehmen. Der bis zum 1. Januar 1927 gültige Tarifvertrag wurde von den Arbeitgeberern kündigt. Trotz tagelangem Verhandeln im Dezember kam es zu keiner Verständigung. Die ersten Verhandlungen vor dem Schlichter am 8. Januar waren ergebnislos, weshalb die Schlichterkammer eingesetzt werden mußte. Die Arbeitgebervertreter zeigten ein ganz eigenartiges Verhalten. Bei der Abstimmung über die Lohnsätze kam es zum Bruch, da die Schlichterkammer mit Mehrheit eine kleine Erhöhung der Barlöhne beschloß, erklärte Dr. Helge, daß die Arbeitgebervertreter nunmehr an den Verhandlungen „desinteressiert“ seien. Sie entfernten sich, um eine Entscheidung zu vermeiden.

Inzwischen hatten die Arbeitnehmerorganisationen schon mehrfach mit den schlesischen Bauernorganisationen über den Abschluß eines Tarifvertrags für die bäuerlichen Betriebe verhandelt. Die bäuerlichen Besitzer sind schon längst mit den jetzigen Zuständen nicht einverstanden. Ganz besonders sind sie gegen den Zwang zur Hofgängerstellung für die in den Gutswohnungen untergebrachten Arbeiter. Den Bauern wurde durch eine Bestimmung des Tarifvertrags die Beschaffung von Arbeitskräften erschwert. Sie mußten ihre Arbeitskräfte weit über den Tarif entlohnen. Denn die jungen Leute, die sie als Knechte und Mägde benötigten, die Kinder der Landarbeiter, waren gezwungen, als Hofgänger bei den Großgrundbesitzern zu arbeiten.

Es kam dann nach langen Verhandlungen vor dem Schlichter zu einem Tarifabschluß für die bäuerlichen Betriebe. An dem bis dahin geltenden Tarifvertrag wurden einige Veränderungen vorgenommen. Der Zwang zur Hofgängerstellung wurde beseitigt. Eine Erhöhung der Barlöhne wurde vereinbart, und zwar von 1/4 bis 2 Pf. die Stunde.

Nachdem dieser Tarifvertrag vereinbart worden war, wurde von den Arbeitnehmern beantragt, den Geltungsbereich dieses Tarifs auf die gesamte Landwirtschaft in Schlesiens auszudehnen. Die Schlichterkammer beschloß einstimmig, den Tarifvertrag auch für den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverband für gültig zu erklären.

Es bleibt nun abzuwarten, ob der Arbeitgeberverband diesem Schiedsbeschlusse zustimmt. Die geringe Lohnserhöhung, die die Vereinbarung bringt, hätten die Landarbeiter eigentlich schon im Vorjahre haben müssen. Demals schon war ein Schiedsbeschlusse mit fast denselben Lohnsätzen gefaßt worden. Allein das Reichsarbeitsministerium hat die Verbindlichkeit damals abgelehnt. Ob das Reichsarbeitsministerium wiederum sich abgesehen. Dem einseitlichen Willen der Bauern- und Landarbeiterorganisationen, in Schlesiens bessere Verhältnisse zu schaffen, dürfte sich auch das Reichsministerium nicht länger verschließen.

## Aus der mitteldeutschen Metallindustrie.

### Die Gefahr eines großen Streiks.

Die vom Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller zum 30. Juni 1926 gekündigten Manteltarife für die Metallindustrie der Tarifgebiete Anhalt, Halle, Magdeburg, die dann vom Schlichtungsausschuß Halle mehrfach verlängert wurden, laufen zum 15. Februar ab. Die seit Mitte vorigen Jahres gepflogenen Verhandlungen über den Abschluß von neuen Manteltarifen sollen bis dahin zum Abschluß gebracht werden. Zu diesem

